

1 Antrag an die 1. Tagung des 6. Parteitages von DIE LINKE, 08.-10.06.2018

2 Einreicher*innen: Feministische Offensive der Partei DIE LINKE

3 **Frauen in Bewegung – grenzenlos feministisch**

4 Die Frauenbewegung hat viel erreicht im Kampf für gleiche Freiheiten und soziale Rechte.
5 2018 feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht und 50 Jahre 1968-Proteste. Feminismus hat sich
6 Gehör verschafft. Aber in einer Situation geprägt vom neoliberalen Umbau des Sozialstaates
7 und dem Erstarken rechter Parteien und Bewegungen bleibt viel zu tun. Wir müssen unseren
8 Kampf fortsetzen, ausbauen und gar Errungenschaften neu verteidigen. Was gibt es zu feiern,
9 wenn 100 Jahre nach Durchsetzung des Frauenwahlrechts die Frauenquote im Bundestag so
10 niedrig ist wie vor 20 Jahren? AfD und Konservative bilden die Mehrheit im deutschen
11 Bundestag. Sie vertreten gemeinsam ein veraltetes Frauen- und Familienbild, in dem die
12 Frauen nicht selbstbestimmt über ihren Körper und ihre Lebensgestaltung entscheiden
13 können. Der Abbau öffentlicher Infrastruktur drängt viele ins Private zurück.

14 Mit der Neuauflage der CDU/CSU/SPD-Koalition wird es kaum Fortschritt für
15 Geschlechtergerechtigkeit geben. Der Koalitionsvertrag ist gleichstellungs- und
16 frauenpolitisch weitgehend ambitionslos. Bei frauenpolitischen Bemühungen werden
17 wirtschaftliche Interessen und Verbesserungen für wenige Frauen in den Vordergrund
18 gestellt, von „wollen, prüfen, evaluieren“ ist viel die Rede.

19 Auf der anderen Seite gibt es viel Bewegung in der Gesellschaft in Deutschland und darüber
20 hinaus: Der kraftvolle Kampf auf der Straße und in den Parlamenten für die Abschaffung des
21 §219a und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, die Initiative für ein Paritätsgesetz auf
22 Bundesebene, die Frauen*kampftagsdemos, zu denen Zehntausende überall in Deutschland
23 auf der Straße waren, die verschiedenen Streiks für gute Arbeitsbedingungen und
24 menschenwürdige Pflege in den Krankenhäusern, die Frauendemonstrationen und -streiks in
25 Spanien und Polen, die Womens Marches weltweit sowie die Debatten um #aufschrei und
26 #metoo sind nur einige Beispiele dafür, dass feministische Kämpfe mehr in den Fokus
27 gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gelangen.

28 **Für die Aufwertung von Frauenarbeit und mehr Zeit zum Leben**

29 In den vergangenen Jahren haben zunehmend Lohnarbeitskämpfe in Bereichen stattgefunden,
30 die lange als nicht organisierbar galten. Es sind Bereiche, in denen besonders viele Frauen
31 arbeiten: Krankenpflege, Lehre und Erziehung sowie Einzelhandel. Die Löhne sind in den
32 meisten dieser Bereiche sehr niedrig. Dabei geht es bei der Pflege und in der Erziehung um
33 die wichtige Arbeit am und mit dem Menschen. Als LINKE Frauen sind wir solidarisch mit
34 diesen Kämpfen und stehen an der Seite der Streikenden!

35 Die Arbeitskämpfe in diesen Branchen sind jedoch nicht allein Lohnkämpfe, sondern stellen
36 auch die Systemfrage. Welche Folgen hat es, wenn alle Tätigkeiten dem kapitalistischen
37 Profitstreben untergeordnet werden? Was passiert mit unserer Gesellschaft, wenn die Sorge
38 umeinander abgewertet und an Frauen delegiert ist? Kurzum: Wie wollen wir leben?

39

40 Frauen weltweit sind von den Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge in besonderer
41 Weise betroffen. Wohnen, Gesundheitsvorsorge, Wasser, Energie und Bildung werden
42 zunehmend zu Luxusgütern. DIE LINKE streitet gegen eine Politik, die die Mehrheit der
43 Menschen in die Verarmung treibt. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern, das
44 Gender-Pay-Gap, beträgt in Deutschland 21 Prozent – und diese Zahl bewegt sich seit Jahren
45 kaum nach unten. Frauen verdienen durchschnittlich nicht nur weniger als ihre männlichen
46 Kollegen, sie arbeiten auch häufiger in Teilzeitjobs als Männer oder gehen keiner geregelten
47 Lohnarbeit nach. Das führt viele Frauen am Ende ihres Erwerbslebens direkt in die
48 Altersarmut. Studien gehen bereits heute davon aus, dass mehr als jede vierte Frau im Alter
49 unter der Armutsgrenze leben wird. Erwerbslosigkeit, geringfügige Beschäftigung,
50 Niedriglöhne und das Hartz-IV-Sanktionssystem sind Ursachen für Armut und soziale
51 Ausgrenzung. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden liegt bei fast 50 Prozent. Auch hier sind
52 die meisten von ihnen Frauen. Die Schere zwischen Armut und Reichtum geht immer weiter
53 auseinander und trifft Frauen in besonderem Maße.

54 Deshalb fordern wir die Schließung des Gender-Pay-Gap nach oben. Wir kämpfen für eine
55 sanktionsfreie Mindestsicherung sowie Mindestrente von 1.050 Euro und die Aufwertung von
56 Pflege- und Erziehungsjobs. Da es nicht nur an Lohn, sondern auch an Personal mangelt,
57 fordern wir im Rahmen unserer Kampagne, neben einem Pflegemindestlohn von 14 Euro, die
58 Einstellung von 100.000 Pflegekräften. Frauenarbeit ist mehr wert!

59 Doch Frauen arbeiten nicht nur häufiger in schlecht bezahlten Jobs, sie leisten auch den
60 Großteil der nicht entlohnten Sorge- und Pflegearbeit. Weltweit übertrifft die Zahl unbezahlten
61 Arbeitsstunden in der Reproduktion die der bezahlten Arbeitsstunden in der Produktion bei
62 weitem (Gender Care Gap). Dazu gehören Kindererziehung, Sorge von pflegebedürftigen
63 Angehörigen oder die Arbeit im Haushalt. Gleichzeitig entsteht eine globale Neuverteilung von
64 Sorgearbeit anhand transnationaler Sorgeketten: Wer es sich leisten kann, entkommt den
65 Engpässen des deutschen Pflegesystems, indem die Sorgearbeit an Migrantinnen
66 weitergegeben wird. Oft ohne offiziellen Aufenthaltsstatus und ohne Rechte entsteht mit
67 ihnen eine neue Generation von „Hausklavinnen“. Dass Sorgearbeiten von ärmeren in
68 wohlhabendere Haushalte und von armen in reiche Länder verschoben werden, ist nichts
69 Neues. So bleiben sowohl die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als auch die
70 Geringbewertung von Sorgearbeit intakt. Dabei würde eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit
71 Lohnausgleich für alle zu weniger Stress im Job und mehr Zeit für Sorgearbeiten führen. Vor
72 wenigen Wochen führten die Beschäftigten in der Metallbranche einen Arbeitskampf um
73 Arbeitszeitverkürzung. Selbst in einer Branche, in der mehrheitlich Männer arbeiten, werden
74 die Forderungen nach mehr Zeit für Freunde und Familie lauter. Unsere Partei, DIE LINKE,
75 fordert eine Lohnarbeitszeit, die um die 30-Stunde-Woche kreist, sowie die Vergabe
76 unbefristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse an Menschen ohne gültigen
77 Aufenthaltsstatus. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um einerseits migrantische
78 Hausarbeiterinnen zu stärken und andererseits mehr Zeit für unersetzliche Aufgaben
79 außerhalb der Lohnarbeit zu haben. Als Frauen wissen wir, dass sich das Leben nicht allein
80 um den Erwerb dreht. Damit wirklich alle Menschen Zeit haben für Kindererziehung, für die
81 Sorge um Familienangehörige oder Freunde, für kreatives Schaffen, persönliche
82 Weiterbildung, soziales oder politisches Engagement, für Feste und für Muße..., damit das
83 möglich ist, muss perspektivisch die 20-Stunden-Woche eingeführt werden.

84 **Für eine friedliche Gesellschaft**

85 Weltweit gefährdet eine neue Runde des Wettrüstens Frieden und Sicherheit. Auch die neue
86 Bundesregierung setzt auf Krieg und ist durch den Einsatz deutscher Panzer Teil von
87 Zerstörung und Krieg, wie z.B. in Afrin. Hier führt das türkische Militär einen
88 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg u.a. mit deutschen Leopard-Panzern und weiteren Waffen
89 aus deutscher Produktion.

90 In Afrin organisierten Frauen sich in allen Bereichen autonom, alle Leitungsstrukturen werden
91 immer durch das Prinzip der Doppelspitze von einem Mann und einer Frau besetzt. Frauen
92 haben in Nordsyrien eine nachhaltige Arbeit für den Frieden in der Gesellschaft geleistet. Sie
93 haben Versorgungssysteme für Geflüchtete und von Armut betroffene Familien eingerichtet,
94 ein Bildungssystem, eine Gesundheitsversorgung und zahlreiche Frauenkooperativen
95 aufgebaut. All dies wird mit dem Angriff der Türkei auf Nordsyrien wieder zerstört werden.

96 Frauen sind starke Kämpferinnen für den Frieden und setzen sich kompromisslos und
97 unmissverständlich gegen Militarismus und Krieg ein. Kriegseinsätze mit der notwendigen
98 Durchsetzung von Frauenrechten zu begründen, lehnen wir ebenso strikt ab wie
99 Vergewaltigung und Versklavung von Frauen als Mittel der Kriegsführung.

100 Die Bundesregierung unterstützt die Forderung nach Erhöhung der Rüstungsausgaben auf
101 zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP), wie von NATO und EU vorangetrieben.
102 Das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen
103 und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler
104 Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler
105 Hilfe zur Selbsthilfe.

106 Wir rufen unsere Mitglieder und Sympathisant*innen auf, sich im Vorfeld des im Juli in Brüssel
107 stattfindenden NATO-Gipfels in Veranstaltungen kritisch, feministisch mit der NATO-Politik
108 und Alternativen dazu auseinanderzusetzen und zu den Anti-NATO-Aktionen – **Demo und**
109 **Gegengipfel am 7.- 8. Juli 2018 – nach Brüssel zu mobilisieren.**

110 **Für eine Gesellschaft ohne Sexismus und Rassismus**

111 Faschisten und Ultra-Rechte sind auf dem Vormarsch, hetzen Menschen gegeneinander auf
112 und spalten so die Gesellschaft. Sie nutzen die Ängste vieler Menschen, um Hass und
113 Aggression gegen Geflüchtete, Muslime und Migrant*innen zu lenken. Frauenrechte werden
114 für rassistische Hetze und Ausgrenzung instrumentalisiert. Für DIE LINKE ist klar: Feminismus
115 geht nur antirassistisch und darf nie auf Kosten von Ausgegrenzten stattfinden. Feminismus
116 heißt, Sexismus offen zu benennen und notwendige Debatten darüber zu führen.

117 Sexismus und Rassismus sind als Denkmuster tief in unserer Gesellschaft verankert und
118 kooperieren miteinander. Sexismus wird von Rechten sogar als Wahlkampfmittel genutzt,
119 indem sie mit „Bikini statt Burka“ ihren Blick auf den weiblichen Körper als politischem
120 Kampfplatz dokumentieren. Diese vermeintlichen Kämpfe für Frauenrechte werden als
121 Vorwand genutzt, um zu hetzen und gesellschaftliche Stimmung zu erzeugen.

122 In der rechtspopulistischen Erzählung wird die deutsche Frau zum zu beschützenden Wesen
123 erklärt und in eine entmündigte Opferrolle gedrängt. Dem gegenüber werden Menschen mit
124 Migrationshintergrund zu Tätern stigmatisiert, bis hin zur entmenschlichenden Darstellung als
125 triebgesteuertes Wesen. Dieser vereinfachte Diskurs ist falsch und gefährlich. Falsch, weil die
126 meisten Frauen Gewalt im privaten Raum und von ihnen bekannten Menschen erfahren.

127 Gefährlich, weil es Frauen mit Migrationshintergrund vom Diskurs ausschließt, und männliche
128 Asylsuchende zum Feindbild erklärt. Das Recht auf Selbstbestimmung und körperliche
129 Unversehrtheit ist universell und endet nicht an Grenzen eines Staates oder im Kopf.
130 Aufmärschen der Rechten, die Frauenrechte in jegliche Richtung instrumentalisieren, stellen
131 wir uns entschieden entgegen.

132

133 **Für sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt**

134 Mit dem Erstarken extrem rechter Akteure in Europa geraten auch die Vielfalt von
135 Lebensentwürfen und damit einhergehend sexuelle Selbstbestimmung sowie sexuelle und
136 reproduktive Rechte unter Druck. Während das traditionelle Familienbild mit klarer
137 geschlechtsspezifischer Rollenaufteilung und damit verbunden Zementierung ökonomischer
138 Abhängigkeit als Norm hochgehalten wird, werden alle, die diesem Ideal nicht entsprechen,
139 abgewertet und als Feinde der Familie bekämpft.

140 In der rechten Familienideologie bildet sich eine gefährliche Allianz aus christlichen
141 Fundamentalisten und vielfältigen Schattierungen der Neuen (und alten) Rechten. Auch in
142 Deutschland ist es nicht nur die AfD, die reproduktive Rechte und die Selbstbestimmung von
143 Frauen einschränken möchte. Es ist unübersehbar, dass auch die konservativen Parteien auf
144 der rechten Welle surfen: Bestes Beispiel dafür ist der neue Gesundheitsminister Jens Spahn,
145 der Frauen unterstellt, sie würden die „Pille danach“ wie Smarties nehmen, wenn sie frei
146 zugänglich wäre.

147 Durch die CDU/CSU/SPD-Koalition hat sich die SPD zum Steigbügelhalter der reaktionären
148 und neoliberalen Politik gemacht, mit erheblichen Folgen besonders für Frauen. Das bewies
149 zuletzt der Rückzug der SPD beim §219a zugunsten des Koalitionsfriedens.

150 In vielen Ländern erleben wir Großdemonstrationen unter dem Titel "Demo für alle" als
151 Reaktion auf Debatten zur gleichgeschlechtlichen Ehe und auf die geplante stärkere
152 Förderung der Akzeptanz gegenüber homo- und transsexueller Identität in der Schule. Bei den
153 "Märschen für das Leben" steht die vollständige Kriminalisierung des
154 Schwangerschaftsabbruchs im Zentrum. Die Anmaßung auf Kontrolle über den Körper von
155 Frauen, ihre Sexualität und ihr Leben, ist Teil der ökonomischen, politischen und Krise der
156 Demokratie und der patriarchalen und neoliberalen Offensive.

157 Es ist ermutigend, dass sich in vielen Ländern eine öffentlich sichtbare Gegenwehr
158 organisiert, sich Bündnisse gründen und vielfältige Aktionen auf der Straße stattfinden. DIE
159 LINKE ist Teil dieses Widerstands. Wir engagieren wir uns für die soziale Absicherung
160 vielfältiger Lebensentwürfe, Entscheidungsfreiheit und eine Entkriminalisierung des
161 Schwangerschaftsabbruchs. Wir fordern die sofortige Streichung des Paragraphen 219a StGB,
162 der Ärztinnen und Ärzten „Werbung“ für Abtreibung verbietet. Das Relikt aus Zeiten des
163 Nationalsozialismus nimmt Gesundheitsrisiken bewusst in Kauf, verhindert das Recht auf
164 Informationsfreiheit von Frauen, schränkt ihre Wahlmöglichkeiten enorm ein und steht der
165 Selbstbestimmung von Frauen diametral entgegen. DIE LINKE bekräftigt darüber hinaus die
166 Forderung nach Streichung des Strafrechtsparagraphen 218. DIE LINKE unterstützt das
167 Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland und weitere ProChoice-Initiativen
168 bundesweit und darüber hinaus Wir rufen unsere Mitglieder, Parteistrukturen und
169 Sympathisant*innen auf, sich an den Gegenprotesten zum „Marsch für das Leben“ am
170 22.9.2018 in Berlin zu beteiligen und auch regionale Aufmärsche christlicher

171 Fundamentalisten und rechter Gruppierungen in gemeinsamen Bündnissen mit anderen
172 Organisationen zu stoppen“

173 Frauen sollen und können selbst über ihr Leben entscheiden. Wir stehen gleichermaßen an
174 der Seite von Frauen, die eine ungewollte Schwangerschaft beenden wollen, wie von Frauen,
175 die Kinder bekommen und unter guten Bedingungen großziehen möchten. Deshalb setzen wir
176 uns unter anderem für die Verbesserung der Situation der Hebammen und für eine
177 Kindergrundsicherung von 573 Euro pro Monat für alle Kinder ein.

178 DIE LINKE streitet für ein besseres Leben für alle Menschen, für eine solidarische, vielfältige
179 und friedliche Gesellschaft, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung in allen
180 Lebensbereichen ermöglicht. Wir tun das im Parlament, auf der Straße und in den Betrieben,
181 vernetzt mit feministischen Bewegungen und Initiativen.